

Europa geht nur friedlich und solidarisch

Drei Tage Bonn: Bundesparteitag (BPT) und VertreterInnenversammlung zur Wahl der LINKEN-Bundesliste zur Wahl des Europäischen Parlaments (EP) – ein volles Programm. Der Debattenverlauf auf dem BPT drehte sich zur Zukunft Europas, der »Republik Europa«, zum sozialen Europa und der Positionierung der LINKEN hierzu. Klar ist, die EU muss sozial und demokratisch sein oder sie scheitert. Die EU-Entscheidungen prägen nachhaltig den Alltag der Menschen, von der Energiepolitik bis zur Abfallwirtschaft, vom Tierschutz bis zur unternehmerischen Verantwortung zur Einhaltung sozialer, ökologischer, menschenrechtlicher Standards. Bei all dem spricht die EU mit, bei all dem wird das EP mitgestaltend tätig.

Nach dem Brexit als Zeichen der Entfremdung der Menschen von Europa spricht man in der Reaktion darauf über eine (verstärkte) Sicherheits- und Verteidigungsunion. Ist das die Antwort – Abschottung und Aufrüstung, wenn sich die Menschen nicht mit der EU identifizieren können? DIE LINKE sagt nein! Letztlich muss es doch in der EU eine gemeinsame Interessenentwicklung geben, weg von nationalem Denken! Wir brauchen endlich echte Gemeinschaftslösungen, Europäisches Denken, den Willen und die Fähigkeit zu gemeinschaftlicher und solidarischer Umsetzung der Europäischen Idee. In der EU wurde schon so vieles für den Binnenmarkt harmonisiert, angepasst, vereinheitlicht – warum nicht endlich auch soziale Standards? Reden wir darüber!

Für DIE LINKE ist die Militarisierung falsch, abrüsten ist die Devise. Frieden in Europa kann es nur MIT Russland geben. Im aktuellen EP stehen Mehrheiten von Konservativen, Liberalen und Rechten dem gegenüber. Sie sehen das Militär, die Rüstung und Sicherheitspolitik als politische Klammer der EU. DIE LINKE sieht dies, festgelegt auch

in ihrem Bonner Wahlprogramm, anders. Ändern können die Mehrheiten und jene Ansichten im EP aber nur die Wählerinnen und Wähler. Der Brandenburger Helmut Scholz wurde in Bonn auf Listenplatz vier gewählt und ist ein gutes inhaltliches Angebot, um genau diese politischen Forderungen der LINKEN zu artikulieren und umzusetzen. Unser Wahlkampf muss nun, auch und gerade mit Blick auf unser recht positiv zur EU positioniertes Wahlprogramm, auch positiv gestaltet werden. Wir LINKE stehen positiv zu Europa, Ziel muss sein, im Wahlkampf nicht (nur) zu meckern, son-

dern zu sagen, was wir als LINKE in der EU besser machen, verändern wollen. Uns ist klar, dass die EU sich ändern und weiterentwickeln muss, sie stark zu verbessern ist. All das geht aber nur mit Beteiligung und Einmischung, nicht Ablehnung oder gar Abschaffung der EU! Das neu gewählte EP wird mit seinen Gesetzen und Entscheidungen auch Brandenburg beeinflussen. Entscheiden wir mit, gehen wir am 26. Mai wählen!

Maritta Böttcher und **Felix Thier**,
Delegierte zur VertreterInnenver-
sammlung



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser,
liebe Genossin, lieber Genosse,

Beteiligung an Wahlen sollte selbstverständlich sein – Ihr Stimmrecht ist wertvoll! Es ist unklug, seinen Ärger damit auszudrücken, sich Wahlen zu verweigern. Denn: Gewählt wird, im Zweifel regieren dann genau die, die man erst recht nicht wollte – und der Frust steigt noch mehr. Wer nicht abstimmt, kann also nicht mitbestimmen! Mehr Argumente: Die Kommunalpolitik entscheidet, was bei Ihnen konkret vor der Haustür passiert. Kommt die Kita, wird die Straße gemacht, bleibt die Bibliothek – das interessiert Sie doch, oder? Und bei der Europawahl geht es letztlich um eine Perspektive für den Kontinent Europa. Wir werben um Ihre Stimme für ein solidarischeres, friedlicheres, nachhaltigeres Europa. Die EU hat schon vieles bewirkt: Reisefreiheit, eine europäische Krankenversicherungskarte, die Abschaffung der Handy-Roaming-Gebühren, eine in der fast kompletten EU einheitliche Währung und nicht zuletzt einen bereits seit Jahrzehnten bestehenden Frieden. Deren Bestand ist nicht selbstverständlich, daher: Wählen Sie am 26. Mai! Idealerweise DIE LINKE.

FELIX THIER
Kreisvorsitzender

DIE LINKE.

Kreisverband Teltow-Fläming

VON ANKE DOMSCHEIT-BERG
**Chance verpasst:
 Das neue Urheberrecht in
 der EU trifft die Falschen**

Drei Jahre wurde in der EU über ein neues Urheberrecht verhandelt, um Urheber*innen stärker an den Einnahmen großer Onlineplattformen wie Google zu beteiligen und gleichzeitig einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt zu erreichen. Beide Ziele wurden verfehlt, die Machtungleichheit zwischen großen Plattformen und Verwertungsgesellschaften auf der einen Seite sowie Urheber*innen und kleinen Anbietern auf der anderen Seite wurden sogar verstärkt. Online-Plattformen, die Inhalte ihrer Nutzer*innen verbreiten, sind künftig gezwungen, alle Inhalte vor dem Hochladen zu durchleuchten und sofort zu sperren, wenn sie Urheberrechte verletzen. Das klingt harmlos, aber die Filter können nicht zwischen legaler und illegaler Nutzung unterscheiden: sie sperren völlig legale Parodien, Satire, Bildungsinhalte, oder z. B. einen Livestream von einer



Mehrere tausend Menschen demonstrierten Anfang März in Berlin gegen Artikel 13 der EU-Urheberrechtsrichtlinie

Demonstration mit urheberrechtlich geschützter Musik im Hintergrund. Auf 100 korrekt gesperrte Inhalte kommen 10.000 zu Unrecht gesperrte Inhalte. Weil das die Meinungsfreiheit vieler Nutzer*innen erheblich einschränkt, protestierten Menschen europaweit dagegen. Die Entwicklung der Uploadfilter kostet Millionen. Daher müssen kleine Plattformen künftig die Filter der großen Monopolisten kaufen. Ausnahmen gibt es nicht einmal für Kleinstplattformen, wenn sie älter als drei Jahre sind. Urheber*innen werden noch abhängiger von Ver-

wertungsgesellschaften, Autor*innen werden sogar weniger, nicht mehr für ihre Werke erhalten. Mit der Zustimmung zu dieser Regel brach die Bundesregierung ihren eigenen Koalitionsvertrag. Jetzt will sie die deutsche Umsetzung ohne Filter erreichen. Aber ein YouTube in den Grenzen Deutschlands gibt es nicht, dieser Vorschlag ist nahebüchen. Axel Voss, Chefverhandler der Reform und CDU-MdEP hat einen großen Anteil daran, dass neben den Uploadfiltern auch ein europäisches Leistungsschutzrecht darin

steht, das in Deutschland bereits scheiterte. Firmen wie Google sollten für die Anreibertexte unter Presselinks an die Presseverleger Geld bezahlen. In Wirklichkeit erhielt Google eine Gratislizenz. 2015 standen in Deutschland Mehrausgaben von über drei Millionen Euro nur 8.000 Euro an Mehreinnahmen auf Seiten der Presseverleger gegenüber. Wie dabei mehr Einkommen für Autorinnen entstehen soll, das weiß wohl nur Herr Voss. Einzig DIE LINKE hat stets geschlossen gegen diese Richtlinie gestimmt. Das Parlament verpasste seine Chance für ein modernes Urheberrecht.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB
 Fraktion DIE LINKE.
 im Bundestag
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Telefon: 030/227 731 07
 Telefax: 030/227 761 07
 E-Mail: anke.domscheit-berg@bundestag.de

VON NORBERT MÜLLER
**Kapitalismus heißt
 das Problem, nicht
 Schulschwänzen**

»Unsere Jugend ist heruntergekommen und zuchtlos. Die jungen Leute hören nicht mehr auf ihre Eltern. Das Ende der Welt ist nahe«, so lautete eine Keilschrift aus Mesopotamien, die auf ca. 2000 Jahre vor Christus datiert wird. Die Worte könnten auch in den kürzlichen Debatten rund ums Schulschwänzen im Zuge der fridays-for-future-Proteste gefallen sein. Denn anstatt sich darüber zu freuen, dass es eine selbstorganisierte Bewegung vermag weltweit Hunderttausende junge Leute seit Wochen auf die Straße zu bringen, machen sich Politiker_innen von AfD bis zum brandenburgischen Ministerpräsidenten Woidke darüber Sorgen, dass der Freitag nicht der Schule allein gewidmet ist. Dabei ist es eine Binsenweisheit, dass Bildung auch und vor allem außerhalb der oftmals trostlosen Schulmauern stattfindet. Das Organisieren von und Partizipieren an Demonstrationen, die Auseinandersetzung mit den vorgetragenen



Anliegen und das Schärfen der eigenen Position sind es allemal. Und selbst wenn von Demonstrationen quasi null »Bildung« ausginge, das Recht auf freie Meinungsäußerung steht weit über der Pflicht junger Menschen die Schule zu besuchen. Der Verweis aufs Schulschwänzen ist aber vor allem ein billiger Ablenkungsversuch. Ablenkung von der eigenen und kollektiven Verantwortung diesen Planeten zu bewahren. Nicht umsonst kommt die lauteste »Kritik« von den Klimawandelleugnern der AfD und Kohlefans aus dem bürgerlichen Lager. Pointiert, aber müßig auch die Kommentare darüber, dass die heruntergekommene Jugend (s. o.) doch lieber selber mal den Müll

trennen und die Türen schließen solle. Sicherlich hat der/die Einzelne eine Verantwortung gegenüber der Umwelt, sei es durch Konsum oder Reiseverhalten. Doch der Bärenanteil des menschengemachten Klimawandels ist bei der Industrie, dem Kapital zu verorten. Das fängt bei der unsauberen Energieerzeugung an, geht bei der Schwerindustrie und ihren übersubventionierten Hochenergiefabriken weiter und kommt erst mit den durch die Industrie manipulierten Produkten (siehe Diesel-Skandal) bei den Konsument_innen an. Das Ende der Welt ist näher als je zuvor, aber nicht weil sich junge Menschen ihrer Stimme ermächtigen. Sondern weil die Stimme der Vernunft, dem

Gesetz des Profits unterliegt. Als LINKE sollten wir uns weiter darauf verstehen, die vernünftigen Stimmen der Vielen egal welchen Alters zu hören und mitzutragen. In Punkto Klimaretung ist daher unsere Forderung nach einem europaweiten Braunkohleausstieg bis 2030, wie wir es in unserem Europawahlprogramm formulieren, konsequent. Doch natürlich wäre es damit nicht getan. Die größte Gefahr für Mensch und Klima geht nicht von der Kohle oder Dieselausgasen aus, sondern dem System, das diese produziert: dem Kapitalismus. Nicht umsonst fordern wir einen sozial-ökologischen Umbau, der die gesellschaftliche Produktionsweise als Ganzes hinterfragt und verändern will.

Kontakt:

Norbert Müller, MdB
 Fraktion DIE LINKE.
 im Bundestag
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Telefon: 03385/49 45 21
 Telefax: 03385/49 45 22
 E-Mail: norbert.mueller@bundestag.de

VON CARSTEN PREUSS
Liebe Leserin, lieber Leser,

Mitte Februar und damit ein halbes Jahr vor Ende der Legislaturperiode kam die Linksfraktion zu ihrer Frühjahrsklausur in Kloster Lehnin zusammen. Der Obmann der LINKEN im NSU-Untersuchungsausschuss berichtete von den Erkenntnissen des Ausschusses. Er beschrieb die Fehler beim Umgang mit V-Leuten als strukturelles Problem des Verfassungsschutzes. Es sei wichtig, bei einem etwaigen neuen VS-Gesetz Konsequenzen zu ziehen – etwa eine stärkere parlamentarische Kontrolle und Einschränkungen wurde zudem auch über die Straßenausbau-Beiträge, die Kita-Politik, den Strukturwandel in der Lausitz und die Enquete-Kommission zur Zukunft des ländlichen Raumes.



In den verbleibenden Monaten wollen wir noch weitere deutliche Akzente setzen. Dazu zählt der Vergabemindestlohn, der ab 1. April 2019 um 1,50 Euro und ab 1. Januar 2020 um weitere 18 Cent auf 10,68 Euro pro Stunde steigen soll. Als nächstes Ziel peilen wir 12,63 Euro pro Stunde an. Auch die Verabschiedung des Gesetzes über die soziale Wohnraumförderung steht noch an: Die Einkommens-

grenzen für Wohnberechtigungsscheine werden der aktuellen Preisentwicklung angepasst und gemeinschaftliche Wohnformen sollen besser einbezogen werden. Wir werden das »Gute-Kita-Gesetz« des Bundes umsetzen: Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass das Gesetz den etwa 70.000 Kindern, deren Familien in prekären Verhältnissen leben, auf optimale Weise zugutekommt und zugleich auch die Betreuungsqualität im Interesse aller Kinder weiter zunimmt. Zudem streben wir eine Initiative zur Gestaltung der Ehrenamts- und Verbände-förderung an. Einen Landtagsbeschluss, der bei der öffentlichen Berichterstattung etwas untergegangen ist, möchte ich noch erwähnen. Beschlossen wurde, dass Brandenburg künftig Geld am Kapitalmarkt nach ethisch-ökologischen Kriterien anlegen will: Für die Pensionen

der LehrerInnen und PolizistInnen hat das Land bereits vor vielen Jahren vorsorglich Geld in einem Versorgungsfonds angelegt. Mittlerweile sind es mehr als 800 Millionen Euro. Das Land will damit nicht von Renditen profitieren, die mit Umweltzerstörung oder untragbaren Sozialstandards erwirtschaftet werden und wir wollen nicht von Renditen profitieren, die mit der Herstellung oder dem Handel von geächteten Waffen – wie beispielsweise Landminen – erzielt werden.

Kontakt:

Carsten Preuß, MdL
 Landtag Brandenburg
 Alter Markt 1, 14467 Potsdam
 Tel: 0331/966 15 26
 Fax: 0331/966 15 05
 E-Mail: carsten.preuss@linksfraktion-brandenburg.de

VON BEATE UND DIRK HOHLFELD
**EIN KLEINER BERICHT
 VON TEILNEHMENDEN
 DER FEBRUAR-REISEGRUPPE
 IN DAS EUROPÄISCHE
 PARLAMENT**

Eine kleine Europaflagge wies uns am Bahnsteig den Weg zu einer ca. 40 Personen starken Gruppe, die sich anschickte, dem Europäischen Parlament auf Einladung des Abgeordneten Helmut Scholz einen Besuch abzustatten. Erste Gespräche zeigten, dass wir vorwiegend aus den Kreisen Teltow-Fläming, Uckermark und Cottbus kamen. In Brüssel angekommen, ging es zum Koffer abstellen ins Hotel, schnell etwas frisch gemacht – schon standen wieder alle parat, um zum gemeinsamen Abendessen mit Helmut aufzubrechen. Erste Mammutaufgabe für ihn: Wir saßen im Restaurant an drei verschiedenen Tischen, daher durfte er uns dreimal begrüßen und erste Einblicke in seine Arbeit geben. Der erste richtige Tag in Brüssel startete mit dem Vormittagsprogramm »Landesvertretung Brandenburg mit Vortrag vom Leiter, Herrn Dr. Wenig«. War das ein informativer, erquickender Tempoläuf durch die Aufgaben der Landesvertretung unter dem Aspekt der historischen Entwicklung der EU. Ein Beispiel: Warum gibt es in



Brüssel eigentlich 16 Länder- und eine Bundesvertretung bei der EU? Brandenburgs Anteil an der EU beträgt gerade einmal 0,02 Prozent. Wer da etwas erreichen will, muss langfristig verdammt dicke Bretter bohren und genügend Mitstreiter für seine Initiativen finden, sodass man im Parlament gehört wird und sich in dessen Beschlüssen wiederfindet. Den weiteren Tag hatten wir zu unserer persönlichen Verfügung. Einige froren sich den ... bei einer Stadtrundfahrt im offenen Doppeldecker ab, Andere, so auch wir, zogen zu Fuß durch die Innenstadt, um die Bauwerke zu bestaunen und belgische Schokolade und Waffeln zu probieren.

Der Donnerstag gestaltete sich ganz im Zeichen der Arbeit des Europäischen Parlaments. Wir hatten vormittags die Möglichkeit, hautnah die Arbeit der Vereinigten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken, in Kurzform GUE/NGL als Bezeichnung der linken Fraktion im Parlament, zu »Fairer und ethischer Handel – Alternativen für eine gerechte und solidarische Welt« unter Mitgestaltung von Helmut mitzuerleben. Faszinierend, mit welcher Vielfalt in Europa und darüber hinaus in der Welt an solchen Problemen gearbeitet wird und auch welche Arbeit noch vor den Parlamentariern unserer Partei liegt, um eventuell belgische Schokolade und Waffeln durchsetzen zu können.

Eine Diskussion über diese Fragen mit Helmut schloss sich nachmittags, inklusive Besichtigung des Plenarsaals, an. Der Kopf rauchte natürlich ganz schön nach dieser geballten Flut an Informationen, die man in der täglichen Presse vergebens sucht. Riesen Dank an Helmut für die Einladung und natürlich auch an unseren Reiseleiter Felix, der es verstanden hat, diese Truppe über drei volle Tage zusammen und bei Laune zu halten. Für uns steht noch mehr fest: Am 26. Mai braucht bei dessen Neuwahl das Europäische Parlament und ganz besonders die Partei DIE LINKE, bei der Helmut Scholz wieder für das Parlament kandidiert, jede Stimme.

L E S E E U L E



Unterleuten

Manchmal kann die Idylle auch die Hölle sein. Wie dieses Dorf irgendwo in Brandenburg.

Wer nur einen flüchtigen Blick auf das Dorf wirft, ist bezaubert von den altertümlichen Namen der Nachbargemeinden, von den schrulligen Originalen, die den Ort nach der Wende prägen, von der unberührten Natur, von den Gutshäusern, die sich Stadtflichtlinge aus Berlin gerne kaufen, um sich den Traum von einem unschuldigen und unverdorbenen Leben außerhalb der Hauptstadtthekik zu erfüllen. Doch als eine Investmentfirma einen Windpark in unmittelbarer Nähe der Ortschaft errichten will, brechen Streitigkeiten wieder auf, die lange Zeit unterdrückt wurden. Denn da ist nicht nur der Gegensatz zwischen den neu zugezogenen Berliner Aussteigern, die mit großstädtischer Selbstgerechtigkeit und Arroganz und wenig Sensibilität in sämtliche Fettnäpfchen der Provinz treten. Da ist auch der nach wie vor untergründig schwelende Konflikt zwischen Wendegewinnern und Wendeverlierern. Kein Wunder, dass im Dorf schon bald die Hölle los ist.

Mit »Unterleuten« hat Juli Zeh einen großen Gesellschaftsroman über die wichtigen Fragen unserer Zeit geschrieben, der sich hochspannend wie ein Thriller liest. Gibt es im 21. Jahrhundert noch eine Moral jenseits des Eigeninteresses? Woran glauben wir? Und wie kommt es, dass immer alle nur das Beste wollen, und am Ende trotzdem Schreckliches passiert?

»Juli Zehs neues Buch ist ein vorzüglicher Lesestoff, spannend, lebendig, lehrreich und kenntnisreich zum Platzen.« (Ursula März, DIE ZEIT)

»Enorm unterhaltsam und handwerklich raffiniert gemacht.« (Christoph Schröder, Tagesspiegel)

»Juli Zeh hat mit »Unterleuten« den Roman der Stunde geschrieben: über die große Gerechtigkeit, über Politikverachtung und Resignation.« (Volker Weidemann, Der Spiegel)

Dieser Roman hält uns einen Spiegel vor die Augen! Ich würde ihn als »Pflichtliteratur« für die Schule empfehlen, aber auch das gibt es nicht mehr. Aber wir alle sollten ihn lesen! Das ist meine Empfehlung.

Maritta Böttcher, Jüterbog



Juli Zeh
Unterleuten
656 Seiten, Taschenbuch,
12,00 Euro
ISBN: 978-3-442-71573-2

Internationaler Frauentag 2019



◀ 70 Jahre in der Partei

Unsere Genossin Annelore Müller aus Luckenwalde ist seit 70 Jahren Mitglied der Partei. Sie ist langjähriges Mitglied im Stadtverband Luckenwalde und engagiert sich für die Seniorenbetreuung. Weiterhin ist sie seit vielen Jahren in der Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde ehrenamtlich tätig. In Anerkennung ihrer langjährigen Parteimitgliedschaft und ehrenamtlichen Leistungen überreichte anlässlich des Frauentages der Vorsitzende des Stadtverbandes, Hartmut Ukrow, eine Ehrenurkunde des Bundesvorstandes unserer Partei an Annelore Müller.



▲ Der Stadtverordnete Anton Gorisek bei Backing Hill in Jüterbog.



▲ Der Regionalvorstand TF Süd war am 8. März 2019 in Niedergörsdorf und Jüterbog mit Blumen unterwegs. Ein Dank an Dienstleisterinnen wie Verkäuferinnen, Bäckerinnen, Designerinnen, Apothekerinnen, Kellnerinnen etc. Die Blumenhändlerinnen bekamen Pralinen. Hat Spaß gemacht. Die Freude für diese Form der Wertschätzung war nicht nur den Frauen ins Gesicht geschrieben!

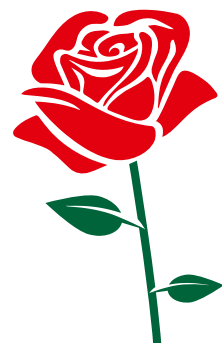


▲ Frauentags-Feier im Stadtverband Luckenwalde. Zu den Gästen gehörten auch die Landtagsabgeordneten Diana Bader und Carsten Preuß.



▲ Für eine sehr angenehme Unterhaltung sorgte die Mädchen-Band »Tsylika«.

Frauen und Männer aus Trebbin, Großbeeren und Ludwigfelde (TGL) haben traditionell im Bürgerbüro einige Stunden die Gemeinsamkeit zum Frauentag genossen und gute Gespräche geführt.



Leserbrief



Es erreichte uns ein Leserbrief (nach Fertigstellung) zur Feier von Blankenfelde-Mahlow. Er ist zu lesen auf www.dielinke-blankenfelde-mahlow.de/startseite/aktuelles/

Der Landesvorstand der LINKEN Brandenburg hatte nach Kleinmachnow, in den Bürgersaal des Rathauses, anlässlich des Internationalen Frauentages eingeladen.

Neben verdienten Frauen des Landes war auch eine Delegation der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM) aus der Tschechischen Republik gekommen. Während wir auf unsere tschechischen Gäste warteten, verkürzte uns der Chor von Kleinmachnow die Zeit mit Gesang und lud uns zum Mitsingen ein. Nach der Begrüßung durch Diana Golze, Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, sprach Margitta Mächtigt, MdL, zur rechtlichen Stellung der Frau in unserer Zeit. Es gab interessante Gespräche und unsere böhmischen Gäste verteilten als Überraschung liebevolle selbstgebastelte Geschenke. Nach dem Abendbuffet wurde das Tanzbein geschwungen zu Musik von den »Grenzgängern« aus Sebnitz, Pirna, Sluknow und Krasna Lippe. Es war eine rundum gelungene Veranstaltung.

Katharina Claus, Blankenfelde-Mahlow



100 Jahre Frauenwahlrecht

Am 12. November 2018 jährte sich die Einführung des Frauenwahlrechts zum 100. Mal: Im Januar 1919 durften Frauen zum ersten Mal wählen und sich wählen lassen. Am 19. Februar 1919 eröffnete Marie Juchacz ihre Rede als erste Frau in der Weimarer Nationalversammlung:

»Meine Herren und Damen! Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als freie und gleiche im Parlament zum Volke sprechen kann [...]

Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.«

Das Wahlrecht war das Ergebnis eines harten und erbitterten Kampfes – auf der Straße und im Parlament. Ein Blick auf die aktuelle Zusammensetzung des Deutschen Bundestags zeigt, dass der Kampf um politische Gleichstellung und Partizipation noch lange nicht beendet ist. Gerade einmal 30,9 Prozent der Abgeordneten sind weiblich.

Das formale Recht, sich als Kandidatin aufstellen lassen zu können, reicht eben bei Weitem nicht. In gewisser Weise ist der erfolgreiche Kampf um den Zugang zur parlamentarischen Bühne ein Lehrstück über die Begegnung eben dieser: Denn solange nicht auch gesellschaftliche Bedingungen verbessert werden, wird sich auch an den parlamentarischen Verhältnissen wenig ändern. Denn letztlich ist das parlamentarische Verhältnis Ausdruck der strukturellen Benachteiligung von Frauen: Vor allem die schlechtere Bezahlung von Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt und die geschlechtliche Arbeitsteilung, die Frauen noch immer den Großteil der unbezahlten

Haus- und Sorgearbeiten zuweist, führen dazu, dass es Frauen oftmals sowohl an finanziellen als auch zeitlichen Ressourcen mangelt. Alle, die politisch aktiv sind, wissen, wie notwendig insbesondere Zeit für politische Arbeit in Parteien und Institutionen ist. Die größte Gefahr für die Gleichstellung ist der Mythos, wir hätten sie schon!

Ein bisschen Gleichberechtigung ist nicht genug

Die frauenpolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag, Diana Bader, erklärte anlässlich der diesjährigen Frauenwoche: »Frauen und Mädchen haben ein Recht auf echte Gleichberechtigung, aber davon sind wir noch immer weit entfernt [...] Wir sind noch lange nicht am Ziel [...] Nach wie vor sind Frauen an vielen Stellen unterrepräsentiert. Das trifft nicht nur die Politik. So sind deutlich weniger Promotionsstellen, Forschungsstellen und Professuren von Frauen besetzt, obwohl sie die besseren Schulabschlüsse haben und

ebenso häufig studieren wie Männer. Noch immer sind Frauen sogar in den Medien unterrepräsentiert. Selbst Denkmäler, Straßennamen und Preisverleihungen würdigen überwiegend Männer.

Die einzige Überrepräsentation der Frauen liegt in der unbezahlten Familien- und Sorgearbeit, der sie viele Stunden ihrer Freizeit opfern müssen, sowie in den meist schlecht bezahlten sogenannten Frauenberufen in der Pflege. Das führt zu weiteren Nachteilen in der Entlohnung und beim späteren Rentenerwerb.

Deshalb sagen wir: Solange es den Equal Pay Day braucht, um auf die ungerechte Entlohnung von Frauen aufmerksam zu machen, solange es die Frauenwoche mit all ihren wichtigen Aktionen braucht, um die Ungleichbehandlung von Frauen öffentlich zu diskutieren, solange es Gleichstellungsbeauftragte braucht, um Frauen zu ihren Rechten zu verhelfen, braucht es eine starke Politik, Forschungsstellen und Professuren von Frauen besetzt, obwohl sie die besseren Schulabschlüsse haben und



Ich war dabei!

Was sie sich von der Parität in Parlamenten versprechen und welche Schlüsselthemen sie dort setzen wollen, diskutierten mehr als 100 Frauen auf einer Veranstaltung zum Internationalen Frauentag im Plenarsaal des Landtages. Das deutschlandweit erste, vom Brandenburger Parlament beschlossene Paritätsgesetz sei ein Ergebnis von Überzeugungsarbeit und harten Debatten, aber keinesfalls das Ende eines Diskussionsprozesses, sagte Präsidentin Britta Stark. Unter der Überschrift »Wir machen Geschichte. Parität und die Zukunft der Demokratie« brachten politisch engagierte Frauen aus Brandenburg in einer Fish-Bowl-Diskussion ihre Themen und Erwartungen für die Arbeit in paritätisch besetzten Parlamenten ein.

Ein spannender Abend war das am 12. März 2019. Unser Kampf um Gleichberechtigung geht weiter!

Maritta Böttcher, Jüterbog



Fridays for Future

In den vergangenen Monaten hat die 16-Jährige Schwedin Greta Thunberg unzählige Schüler*innen weltweit dazu inspiriert, freitags auf die Straße zu gehen anstatt in die Schule, um so mehr Aufmerksamkeit für eine andere ambitionierte Klimapolitik zu bekommen und gegen die aktuelle Klimapolitik zu demonstrieren. Tatsächlich wird seit den Fridays-for-Future-Protesten wieder über die Energiewende diskutiert. Doch sie kommt nicht recht voran, wichtige Fragen bleiben ungelöst. Auch in Brandenburg fanden in vielen Städten Demonstrationen und Versammlungen statt. So in Cottbus, Eberswalde, Falkensee, Potsdam, Luckenwalde, Oranienburg oder Neuruppin. Ich begrüße das Engagement der Schülerinnen und Schüler. Der Klimawandel stellt für die Zukunft der Schüler*innen eine reale Bedrohung dar und er wartet nicht auf ihren Schulabschluss! Sie fragen sich, warum sie für die Zukunft lernen sollen, wenn ihre Zukunft bedroht ist und noch unklar ist, inwiefern es eine Zukunft geben wird? Jetzt hat sich auch die Wissenschaft hinter die Initiative gestellt! In einer gemeinsamen Stellungnahme unterstützen über 16.000 namhafte deutsche, österreichische und Schweizer

Wissenschaftler*innen die Proteste für mehr Klimaschutz. Darin steht unter anderem: »Nur wenn wir rasch und konsequent handeln, können wir die Erderwärmung begrenzen, das Massenaussterben von Tier- und Pflanzenarten aufhalten, die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren und eine lebenswerte Zukunft für derzeit lebende und kommende Generationen gewinnen.« Am 15. März fand erstmals eine »Fridays for Future«-Demonstration im Landkreis Teltow-Fläming statt. In Luckenwalde startete der Demonstrationzug am Bahnhof und führte auch an unserer Kreisgeschäftsstelle vorbei. Felix Thier, Hans-Jürgen Akuloff und ich begrüßten die Schüler*innen. Dabei kamen wir mit ihnen ins Gespräch. Ich bedankte mich bei den Teilnehmer*innen an den »Fridays for Future«-Demonstrationen für diesen Druck von der Straße. Es ist gut, dass die junge Generation die Politik jetzt unter Druck setzt, mehr für den Klimaschutz zu tun. Anschließend begleiteten wir die Schüler*innen zur Kreisverwaltung. Dort wurde der Demonstrationzug von Landrätin Kornelia Wehlan, DIE LINKE, begrüßt, die Ihnen versicherte, dass sie die Ziele der Schüler*innen unterstützt.

Carsten Preuß, MdL, Zossen



▲ Mehr als 80 Jugendliche aus dem gesamten Landkreis TF kamen am 15. März zur »Fridays for Future«-Demo zusammen. Die Demo startete am Bahnhof in Luckenwalde und führte an den Kreisgeschäftsstellen von CDU, SPD und LINKEN vorbei zum Kreishaus. Vor unserer Kreisgeschäftsstelle begrüßten unser Mitglied des Landtages Carsten Preuß, Kreisvorsitzender Felix Thier und der Vorsitzende unserer Kreistagsfraktion Hans-Jürgen Akuloff die Teilnehmenden und führten angeregte Gespräche mit den Jugendlichen.

Rudi Dutschke: Ikone der »68er« und Identifikationsfigur für Linke

Rudi Dutschke ist in Luckenwalde geboren und aufgewachsen. Er verließ die DDR, weil diese ihm aufgrund seiner Kritik an der Wiederbewaffnung und seiner Weigerung – aus einer pazifistischen Grundhaltung heraus – den Wehrdienst in der NVA zu leisten, das Studium verweigerte. »[Ich] bekannte mich zum Sozialismus, aber nicht zum Sozialismus, wie er betrieben wurde«, resümierte er später. Ziel des Sozialismus ist nicht Verstaatlichung, sondern Vergesellschaftung und erst recht kein bürokratischer Gängelstaat, der seine Bürgerinnen und Bürger überwacht, sondern »sich frei vergesellschaftende Individuen«. Der Staatssozialismus der DDR und die marxistisch-leninistische Doktrin hatte – etwas salopp gesprochen – in etwa so viel mit Sozialismus im

marx'schen Sinne zu tun, wie die katholische Kirche mit Jesus Christus. Rudi Dutschke hatte das verstanden und die Existenz des Realsozialismus in den Ostblockstaaten (auf dem Weg zum (demokratischen) Sozialismus in der Tradition von Rosa Luxemburg) eher als Hindernis, statt als Bereicherung empfunden. Wenn wir dazu als Linke nicht stehen, wozu dann!? In Westberlin angekommen stieg er bald zur Galionsfigur der 68er, einer globalen Bewegung, auf. Die geflügelte Redewendung »Unter den Talaren – der Muff von 1000 Jahren« ist vielen heute noch bekannt und war verbunden mit seiner Forderung nach einer vollständigen Demokratisierung der Ordinariuniversität. Die 68er protestierten aber auch gegen die nicht vollständige Entnazifizierung der Strukturen in Politik

und Verwaltung und kritisierten die mangelnde Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit im damaligen Westdeutschland scharf. Mit Kritik an der imperialistischen Außenpolitik der beiden Weltmächte sparte Rudi Dutschke ebenfalls nicht. Die Vereinigten Staaten verurteilte er für ihren Krieg in Vietnam und die Sowjetunion unter anderem für die gewaltsame Niederschlagung des »Prager Frühling« 1968. Eine Großmacht wie die SU, die sozialrevolutionäre Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt« unterstützt, geht wiederum imperialistisch und militärisch gegen ein »sozialistisches Bruderland« vor? – antiautoritär ist was anderes! Rudi Dutschkes konsequentes Auftreten gegen Imperialismus,

Martin Zeiler, Luckenwalde



VORGESTELLT:



Einer von uns **Peter Losch**

geboren am 26.10.1982, wohnt in Dahme/Mark, Technischer Angestellter und Rettungsschwimmer in den Freibädern Dahme und Wahlsdorf (öffentlicher Dienst), Einsatzkraft der Freiwilligen Feuerwehr Stadt Dahme Mark und Trainer einer Frauenhandballmannschaft

Was ist für dich links?

Fortschrittliche Politik zugunsten der benachteiligten Bürger.

Was regt dich auf?

Die Auferstehung der AfD in der Landes- und Bundespolitik. Die wachsende Altersarmut.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Die wachsende Bereitschaft zum Beitritt in Hilfsorganisationen (Feuerwehr, DRK etc.)

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Sehr gern lebe ich in diesem Land.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Ehrlichkeit und wenn man zu seinem Wort steht.

Wie sollte Dahme/Mark in zehn Jahren aussehen oder was wünschst du dir für Dahme?

Anders formuliert: Wovon träumst du? Junge Familien sollen sich Wohlfühlen. Wichtig ist der Erhalt und die Förderung der freiwilligen Einrichtungen der Stadt.

Was bedeuten dir Kunst und Kultur?

Kunst und Kultur ist ein wichtiger Bestandteil einer Stadt. Wo nichts geboten wird, will auch keiner hin und somit stirbt eine Stadt.

Nachgefragt hat **Maritta Böttcher**, Jüterbog

Bilanz und Zukunftsaussichten

Kein festes Thema in der Einladung, aber viel Gesprächsstoff hatten die Genossinnen und Genossen des Regionalverbandes TF Süd am 12. April in ihrer Veranstaltungsreihe »Roter Treff« in Jüterbog. Für die fundierten Antworten auf zahlreiche Fragen sorgte als Gast Anita Tack, die aus ihrer 25-jährigen Erfahrung als Landtagsabgeordnete schöpfte. Die Diskussionsbeiträge der ehemaligen Ministerin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz waren aber mehr als eine Bilanz aus 15 Jahren Opposition, zehn Jahren Regierungskoalition und fünf Jahren Ministeramt. Anita Tack bot den zahlreich erschienenen Genossinnen und Genossen auch unbeirrt kämpferische Ausblicke auf die vor uns liegende politische Arbeit. Natürlich fehlten die gescheiterte Kommunalreform, das Polizeigesetz und das Verfassungsschutzgesetz als öffentlich diskutierte Streitthemen in der Fraktion und der Koalition auch in dieser Runde nicht. Dass politische Fehlentscheidungen von nachfolgenden Regierungen nur schwer wieder einzufangen sind, machte Anita Tack an den

von SPD und CDU abbestellten 600 Kilometern Bahnverbindungen in Brandenburg und einer Vernachlässigung der Infrastruktur deutlich. Ein Beitrag, der für den eigentlich notwendigen Ausbau geschlossener Mobilitätsketten mit öffentlichem Nahverkehr, Fahrrad- und Fußwegen bis heute eine Belastung ist.

Mit Aussicht auf mögliche Koalitionen nach der Landtagswahl bezeichnete Anita Tack angesichts der im Land zunehmenden rechten Strukturen Rot-Rot-Grün als eine gute Herausforderung, für die wir als DIE LINKE stärker unsere Positionen einbringen müssen.

Klaus Pollmann, Altes Lager



DABEI SEIN:

TERMINE UND AKTIONEN

Stilles Gedenken

DIE LINKE & SPD
1. Mai, 10 Uhr
Jüterbog, OdF-Ehrenmal

Kundgebung

DIE LINKE & SPD
1. Mai, 10.15 Uhr
Jüterbog, Rathaus

Politfrühschoppen

DIE LINKE & SPD
1. Mai, 11 Uhr
Bürgerbüro der SPD

Politfrühschoppen

1. Mai, 10 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Maifeier

1. Mai, 10 Uhr
Vereinshaus in Mahlow

29. Familienfest

1. Mai, 14 Uhr
Boulevard Luckenwalde

Ehrung zum Tag der Befreiung

8. Mai, 10 Uhr
Ehrenhain und Waldfriedhof Luckenwalde

Ehrung zum Tag der Befreiung

8. Mai, 10 Uhr, Sowjetisches Ehrenmal, Am Dammort Jüterbog

Ehrung zum Tag der Befreiung

8. Mai, 18 Uhr
Ehrenhain, Friedhof Ludwigsfelde

Ehrung zum Tag der Befreiung

8. Mai, 17 Uhr
Ehrenfriedhof Glasow

Ehrung zum Tag der Befreiung

8. Mai, 18 Uhr,
Sowjetisches Ehrenmal, Blankenfelde

Sitzung RV TF Süd

9. Mai, 19 Uhr
Bürgerbüro, Große Straße 62

Redaktion Linksblick

15. Mai, 17.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand

15. Mai, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

EU-Wahl und Kommunalwahl

26. Mai, ab 19 Uhr Wahlstudio
Kreishaus Luckenwalde

Wahlauswertung RV TF Süd

29. Mai, 19 Uhr
Bürgerbüro Jüterbog

Linkstreff

6. Juni, 18 Uhr, Bürgerbüro Ludwigsfelde

Landesparteitag Brandenburg

15. Juni, Holiday Inn, Schönefeld

Beratung der Vorsitzenden

Altkreis Zossen und Trebbin
17. Juni, 18 Uhr, Bürgerbüro Ludwigsfelde

Fest der LINKEN

22. Juni, 10–20 Uhr
Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin

DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-
teltow-flaeming.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-
teltow-flaeming.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-
teltow-flaeming.de
dielinke-ludwigsfelde.de

[facebook.com/dielinke.tf](https://www.facebook.com/dielinke.tf)

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam(MBS)
IBAN:
DE80 16050000 3633027415

**Leserbriefe
und Zuschriften sind
ausdrücklich
erwünscht.**

Nächste Ausgabe:

15. Juni 2019

Redaktionsschluss:

29. Mai 2019

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktionsschluss: 18. April 2019
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 2.000, Mai 2019
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

»Marktplatz gegen die Angst« in Rangsdorf

Am 22. März trafen sich etwa 80 Menschen auf dem Platz vor dem Rangsdorfer Rathaus zu einem »Marktplatz gegen die Angst«. Neben Infoständen von verschiedenen Initiativen, einer »Angstabgabestelle« und die Möglichkeit zu musizieren, konnten die Teilnehmer auch sehr gut miteinander ins Gespräch kommen. Bewohner des Übergangwohnheims bereicherten das Markttreiben. Es entstand an diesem Frühlingsabend eine gelöste, fast mediterrane Stimmung. Gleichzeitig fand im Rathaus

eine AfD-Veranstaltung mit dem Thüringer Ex-LKA-Chef Uwe Kranz statt. Er hielt einen Vortrag mit dem Titel »Islamistischer Terrorismus – Aktuelle Bedrohungsszenarien«. Der Veranstalter des »Marktplatz gegen die Angst«, Grenzenlos Rangsdorf e. V., zeigte mit dieser Aktion, dass es vielschichtigere Antworten auf komplexe Fragen gibt, und dass es gefährlich sein kann, auf komplexe Fragen mit einfachen Antworten zu reagieren.

Carsten Preuß, MdL, Zossen



Wahlen direkt vor Ihrer Haustür



Mit Ihrer Entscheidung bestimmen Sie die Kommunalpolitik der nächsten fünf Jahre mit. Wir als LINKE wollen nicht nur die Probleme des Alltags benennen, sondern diese sozial gerecht lösen. Wir wollen, auch mit Ihrer Unterstützung, Veränderungen.

Das Leben in einer gesunden Umwelt muss bezahlbar bleiben und niemand soll Altersarmut befürchten müssen. Unsere Städte und Dörfer erleben eine beeindruckende Entwicklung. Wachstum in fast allen Bereichen dominiert. Doch alles Neue verlangt Antworten mit Lösungswegen: für die Busverbindung oder die medizinische Versorgung genauso wie für die Kinderbetreuung oder die Schulentwicklung. Zur Lebensrealität zählt für uns auch ein weltoffenes und tolerantes Gemeinwesen ohne Diskriminierung von Menschen. Wir setzen uns für die schnelle Integration neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger in allen Bereichen unseres Kreises

ein. Wir unterstützen alle Formen des friedlichen Zusammenlebens und lehnen jegliche Feindseligkeiten untereinander ab – Frieden, Antifaschismus und Antirassismus sind für uns LINKE unumstößliche Grundwerte.

Wir setzen uns für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger in Stadt und Land ein, die das demokratische Gemeinwesen mit uns gemeinsam weiter entwickeln wollen.

Wir werben offen und ehrlich um Ihre Stimme am 26. Mai 2019. Am Wahlsonntag können Sie so die Fortsetzung der erfolgreichen Entwicklung des Landkreises Teltow-Fläming mitbestimmen!

Redaktion

Osterhasenfest

300 Besucher*innen bei bestem Wetter erfreuten sich an dem bunten Treiben.

Frisch bemalt als Tiger, Prinzessin oder frisch tätowiert tanzten die Kinder über den Platz zur Musik von DJ Macky. Waffeln, Kuchen und Getränke machten die gute Laune perfekt.

Die Osterhäsin war wieder mit kleinen Häschen zum Streicheln dabei. Am Bastel- und Schminkstand von Petzi's Kinderland, beim Büchsen werfen und auf der Hüpfburg war ständiges Gewusel. Darüber freute sich auch Anja Mayer, unsere Landesvorsitzende, die mit vielen Menschen ins Gespräch

kam. Zum Schluss freuten sich alle über Nudeln mit Tomatensoße, das war zu sehen an leuchtenden Augen und roten Mündern. Danke allen Beteiligten. Besonderer Dank gilt unserer lieben Maritta Böttcher, sie ist seit 15 Osterhasenfesten der Kopf der Planung und Organisation. Ihr Motto: Nur gemeinsam ist es möglich so ein gelungenes Fest auf die Beine zu stellen.

Tom Siedenberg,
Markendorf



Fotos: privat